

Zum Umgang mit Konflikten um Energie-Infrastrukturen

Warum tragfähige Lösungen Dialog und Klarheit erfordern und weshalb Wegducken Frust und Widerstände erzeugt

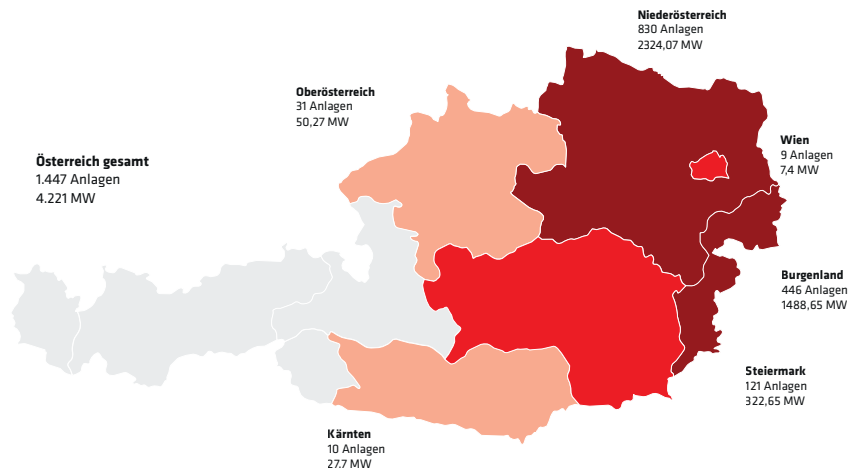
Autorin: Maria Pühringer

Konflikte aussitzen? Keine Option – besonders nicht in der Energiewende.

Die Energiewende und der damit verbundene Ausbau erneuerbarer Energien stellen kein rein technisches Projekt dar. Es handelt sich vielmehr um tiefgreifende Transformationsprozesse, die eine Neuverteilung gesellschaftlicher Einfluss- und Gestaltungspotenziale mit sich bringen. In den Vordergrund rücken Fragen der demokratischen Mitbestimmung und der gerechten Beteiligung an wirtschaftlichen Gewinnen (Elzen et al. 2004; Aykut et al. 2019). Konflikte sind in diesem Kontext nicht nur erwartbar, sondern dem System selbst eingeschrieben.

Besonders deutlich wird dies aktuell beim Ausbau der Windenergie. Dort reichen kontroverse Diskussionen weit über technische oder naturschutzrechtliche Aspekte hinaus. Sie offenbaren vielmehr grundlegende Spannungsfelder zwischen energie- und klimapolitischen Zielen, regionaler Wertschöpfung, Landschaftsästhetik und partizipativen Entscheidungsprozessen. Oftmals werden Diskussionen besonders dort kontrovers geführt, wo nachvollziehbare Planungen fehlen. In Oberösterreich beispielsweise vermisst man die Landesebene als klare und verlässliche Konfliktpartnerin in der Energiewende, mit der gemeinsam Lösungen – auf Basis strategischer Überlegungen für den Energiesektor – getroffen werden könnten. In der Praxis bedeutet das: Gemeinden und Gemeindebürger:innen stehen verunsichert vor konkreten Projektideen von Windkraftbetreibern, während sich die Landesebene aus der Verantwortung nimmt. Diese beschränkt sich auf das Abwickeln der formellen Behördenverfahren.

Regionale Verteilung der Windkraft in Österreich



Quelle: Eigene Darstellung, Daten IG Windkraft, Jänner 2026; evtl. Abweichungen ergeben sich aufgrund abgebaute Anlagen

Kontroversen können ein wichtiger Impuls für gesellschaftliche Lernprozesse sein. Infrastrukturfragen brauchen lokale Orte der Aushandlung und kollektiven Gestaltung.

Erfolgreiche Infrastrukturtransformation beruht auf einem Kompromiss unterschiedlicher Konventionen, der wirtschaftliche, soziale und ökologische Deutungen verbindet.

Dabei wird vergessen, dass das Ignorieren von Konflikten und berechtigten Bedenken der Bevölkerung das Vertrauen in öffentliche (Bau-)Verfahren schwächt und zu einer zunehmenden Polarisierung zwischen lokalen Akteur:innen führt. Dies begünstigt letztlich nicht nur politische Entfremdung, sondern schürt auch tiefen Frust in der Bevölkerung.

Konflikte dürfen nicht pauschal als Hindernisse verstanden werden

Soziologische und kommunikationswissenschaftliche Forschungsansätze betonen die produktive Funktion von Kontroversen, sie können als Impuls für gesellschaftliche Lernprozesse dienen. Daher reicht eine bloß technokratische Herangehensweise an Infrastrukturdebatten nicht aus. Entscheidend sind vielmehr alltagsnahe Räume der Auseinandersetzung – Orte, an denen diskutiert, verhandelt und gemeinsam weitergedacht wird. Es geht um gemeinsame, kollektive Gestaltung (Aykut et al. 2019).

Im Folgenden wird der Blick auf die lokale Ebene gerichtet, jene Arena, in der konkrete Infrastrukturen verhandelt, realisiert oder abgelehnt werden. Es gibt zahlreiche Beispiele gelungener lokaler Transformationsprozesse, die Gegenstand soziologischer Forschung werden.

Infrastrukturentwicklung: Teilhabe und gemeinsame Aushandlungen

Um zu verstehen, wie Konflikte im Zuge von Infrastrukturentwicklungen vor Ort ausgehandelt werden, eignet sich die Perspektive der Soziologie der Konventionen. Zentraler Ausgangspunkt dieser Theorie ist die Annahme, dass Transformationsprozesse – als Momente gesellschaftlicher Veränderung – stets unterschiedlich interpretiert, bewertet und legitimiert werden. Konventionen im Sinne dieser Theorie bezeichnen dabei jene kollektiv geteilten Vorstellungen von angemessenem oder „richtigem“ Handeln. Sie beziehen sich auf Akteur:innen, Praktiken und materielle Arrangements (Feddersen 2020).

Dieser Ansatz lässt sich gut anhand einiger Beispiele veranschaulichen. So zeigt Feddersen (2020) in seiner Untersuchung eines Bürger:innen-Windparks in Norddeutschland, dass der Projekterfolg auf einem Kompromiss unterschiedlicher Konventionen beruhte. Windenergie wurde dabei letztendlich nicht nur als wirtschaftliche Chance, sondern auch als Beitrag zur Stärkung der lokalen Gemeinschaft verstanden. Durch das Bürger:innenmodell konnten sich zumindest Teile der Bevölkerung finanziell beteiligen und erhielten Eigentum, Mitbestimmung und Ertragsbeteiligung. Gleichzeitig entwickelten sich Entscheidungsprozesse zu Räumen sozialer Begegnung und partizipativer Aushandlung, die über rein ökonomische oder technische Aspekte hinausgingen. Wichtig auch im Hinblick auf andere Transformationsprozesse: die Einordnung des Windparks als ausschließlich ökologisches Projekt stieß bei den jeweiligen Interessensgruppen auf Ablehnung (Feddersen 2020).

Die Schaffung von Legitimität braucht Zeit und Ressourcen

Im untersuchten Fall vergingen zwischen der ersten Bürger:innenversammlung und dem Bau des Windparks fünf Jahre. In diesem Zeitraum wurden Bedenken zu Lärmbelastung, Landschaftseingriffe und Gewinnverteilung mit Betroffenen diskutiert und konkrete Lösungen verhandelt. Dieser transparente, langwierige Prozess trug maßgeblich zur Akzeptanz und Legitimation des Projekts bei. Allerdings betont Feddersen, dass solche Aushandlungen zwar stabil sein können, ihre langfristige Wirksamkeit erfordert jedoch eine kontinuierliche kommunikative Stabilisierung. (Feddersen 2020).

Ähnliche Dynamiken zeigen sich bei vielen (öffentlichen) Infrastrukturprojekten – auch jenseits der Windenergie. Dabei wird häufig übersehen, insbesondere wenn Infrastrukturen fertig errichtet sind, dass lokale Akzeptanz selten von Be-

ginn an vorhanden ist. Sie entwickelt sich im Laufe des Prozesses. Ein Beispiel ist der Bau der S10, der Mühlviertler Schnellstraße im Norden Oberösterreichs, eines der größten Infrastrukturvorhaben der Region in den letzten Jahrzehnten. Von der ersten Trassenpräsentation im Jahr 2000 bis zum Baustart des ersten Streckenabschnittes vergingen neun Jahre, der letzte Streckenabschnitt ging 2023 in Bau – geprägt von intensiven regionalen Aushandlungen.

Die Planung erfolgte seitens der Landesverwaltung und der ASFINAG mit starker Einbindung der betroffenen Gemeinden. Über Jahre wurden Bedenken der Anrainer:innen zu Lärm, Sichtbeeinträchtigung und Umweltfolgen ernst genommen und in Form begleitender Schutzmaßnahmen berücksichtigt. Die Grundsatzentscheidung über das Projekt wurde nicht verhandelt, doch bei der konkreten Umsetzung bestand Möglichkeit für Mitgestaltung. Um Konflikte zu entschärfen, wurde sogar ein externer Mediator eingeschaltet, der Bürger:inneninitiativen konstruktiv in die Verhandlungen miteinbeziehen sollte (Weinberger 2024; Pühringer 2025).

Windenergie mit regionaler Akzeptanz: Beispiele aus Österreich

Auch aus dem Windenergiebereich hat Österreich positive Beispiele für Infrastrukturen mit hoher regionaler Akzeptanz vorzuweisen, sogar in jenen Bundesländern, in denen der Ausbau nur schleppend vorangeht. Der Windpark Munderfing in Oberösterreich etwa, 2014 in Betrieb genommen, entstand aus einem Bürger:innenbeteiligungsprozess Anfang der 2000er Jahre. Hier wurden gemeinsam grundsätzliche Überlegungen zur Energiezukunft der Gemeinde angestellt (Salletmaier, 2006). Seitens der Gemeindegänger:innen besteht eine hohe Zustimmung zum Windpark – ein Grund dafür ist, dass sich 75 % des Windparks im Besitz der Gemeinde befinden. Dadurch verbleibt die Wertschöpfung vor Ort und fließt nicht an externe Investor:innen. Zudem wurden aktiv regionale Unternehmen bei Planung und Bau eingebunden – von Ziviltechniker:innen über Anlagentechnik bis zu Bauunternehmen (nachrichten.at 2024; Gemeinde Munderfing o. J.).

Die hohe Akzeptanz des Windparks spiegelt sich auch im öffentlichen Interesse wider: Beim Eröffnungsfest des sechsten Windrads 2022 war die Resonanz groß.



Quelle: Abimago.Pictures/Robert Lippert (Gemeinde Munderfing 2022).

Eine Vorreiterrolle beim Ausbau erneuerbarer Energien und der Schaffung lokaler Akzeptanz nimmt in Österreich das Burgenland ein. Seit 2002 setzt man dort auf inklusive Planungsverfahren bei der Zonierung für Windkraftflächen. Die Eignungszonen wurden in einem gemeinsamen Mediationsprozess zwischen Behörden, Raumplaner:innen, der Landesumweltanwaltschaft und Umweltschutzorganisationen erarbeitet – bei Bedarf ergänzt durch Vertreter:innen der

Lokale Legitimität wächst langsam: Sie entsteht durch echte Beteiligungsmöglichkeiten und fortlaufende Kommunikation.

Vertrauen ist nicht nur „Soft Factor“, sondern Grundlage konstruktiver Planung.

Landesregierung, Gemeinden und Betreiber:innen. Weinberger betont in ihrer Studie zu erfolgreichen Beteiligungen in der Infrastrukturplanung besonders auch den Aufbau einer Vertrauensbeziehung. Obwohl die Ausschlusszonen für Windkraft rechtlich anfangs unverbindlich blieben, wurden diese bis heute nicht angetastet (Weinberger 2023). Ergänzend fördert die Burgenland Energie Akzeptanz durch konkrete Beteiligungsmöglichkeiten: Bürger:innen können Miteigentumsanteile an Windkraftanlagen erwerben oder durch Beitritt zur Energiegemeinschaft „Fanclub Burgenland Energieunabhängig“ von langfristig garantierten Strompreisen profitieren (burgenland.orf.at 2024; Burgenland Energie o. J.).

Dass Vertrauen in Infrastrukturplanungen nicht einfach vorhanden ist, zeigen auch Eichenauer und Gailing (2022). Vertrauen muss erarbeitet werden, etwa durch positive Erfahrungen mit anderen regionalen Projekten, fairer wirtschaftlicher Beteiligung und der Wahrnehmung, dass Infrastrukturen breiten Bevölkerungsschichten nutzen (Eichenauer und Gailing 2022) – wie in den oben genannten Beispielen der Fall.

Erfolgreiche Infrastrukturprojekte leben von konstruktiver Konfliktaushandlung

Akzeptanz von Infrastrukturen ist kein Selbstläufer, sondern das Ergebnis langwieriger, ressourcenintensiver Prozesse, in denen unterschiedliche Vorstellungen ernstgenommen, verhandelt und in Kompromisse übertragen werden. Die Umstellung des Energiesystems erfordert konkrete, notwendige Infrastrukturen und eine klare Kommunikation mit der lokalen Ebene – von der Gemeinde bis zu den Bürger:innen.

Drei Punkte sind im Umgang mit Infrastrukturprojekten zu beachten:

1. Konflikte sind räumlich verankert, aber nicht allein lokal zu lösen.

Während die Auseinandersetzung um Infrastrukturen an konkreten Orten stattfindet, braucht es darüberliegend klare rechtliche und planerische Rahmenbedingungen auf Landes- und Bundesebene. Dies hat im Burgenland sehr gut funktioniert. In Bundesländern wie Oberösterreich bestehen zwar einzelne Good-Practice-Beispiele, jedoch hinterlässt die Landesebene im Rest des Landes eine eklatante Lücke und zieht sich weitgehend zurück. Es fehlt eine nachvollziehbare, langfristige Energieinfrastrukturplanung – sowohl für den notwendigen Ausbau erneuerbarer Energien als auch für den zukünftigen Rückbau fossiler Netze.

Genau hier liegt das Problem – und die Lösung. Wie die S10-Planung oder die Anstrengungen im Burgenland zeigen, braucht es ein Gegenüber: eine verlässliche, handlungsfähige Instanz auf Landesebene, die als Partnerin im Dialog agiert, Bedenken ernst nimmt und gemeinsam mit den Gemeinden und Bürger:innen Lösungen erarbeitet. Ohne ein solches Gegenüber entsteht ein Machtvakuum, das Misstrauen nährt und Konflikte eskalieren lässt.

2. Partizipation muss echte Mitsprache sein.

Es reicht nicht, Bürger:innen lediglich am Ende eines Planungsprozesses zu informieren. Entscheidend ist vielmehr die Schaffung von Räumen, in denen Bedenken frühzeitig eingebracht, Interessen verhandelt und gemeinsam Lösungen erarbeitet werden können (Pözl 2022). Dafür braucht es Vertrauen, Zeit, personelle und finanzielle Ressourcen in der Verwaltung – und vor allem die Bereitschaft, politische Verantwortung zu übernehmen.

3. Finanzielle Beteiligung ist unbedingt notwendig, reicht aber nicht aus.

Gerade in einem Energiesystem, das Kosten extrem ungleich verteilt – vom Netzausbau bis zur Gestaltung der Strompreise (Tölgyes und Zwirnmann 2025), ist faire wirtschaftliche Teilhabe ein zentraler Baustein für Legitimität. Doch wie die Forschung von Eichenauer und Gailing betont, reicht Geld allein nicht aus. Damit Projekte als Chance wahrgenommen werden, müssen sie als Beitrag zur Verbesserung der Lebensrealitäten vor Ort verstanden werden – sei es durch regionale Wertschöpfung oder gesellschaftlichen Zusammenhalt (Eichenauer und Gailing 2022).

Infrastrukturen der Energiewende sind Kristallisationspunkte gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse, an denen sich Macht, Gerechtigkeit und Zukunftsvorstellungen messen lassen. Wegducken ist keine Option. Entscheidend sind mutige politische Rahmenbedingungen, echte Beteiligung und die Bereitschaft, Konflikte nicht als Störung, sondern als Chance zu begreifen – für eine gerechte, demokratische und nachhaltige Energiezukunft.

Maria Pühringer, MSc, ist Referentin in der Abteilung Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik der AK Oberösterreich mit den Arbeitsschwerpunkten Regionalentwicklung, Raumordnung und Kommunalpolitik.



ZUM WEITERLESEN

- Aykut, Stefan C. et al. (2019): Energiewende ohne gesellschaftlichen Wandel? Der blinde Fleck in der aktuellen Debatte zur Sektorkopplung. Energiewirtschaftliche Tagesfragen 69.
- Burgenland Energie (o. J.): Windkraft - Bürgerbeteiligung. Online unter: <https://burgenlandenergie.at/de/privat/wind-buergerbeteiligung/>.
- burgenland.orf.at. (2024): Neue Energiegemeinschaft startet im Jänner. Online unter: <https://burgenland.orf.at/stories/3277766/>.
- Eichenauer, Eva; Gailing, Ludger (2022): What Triggers Protest? – Understanding Local Conflict Dynamics in Renewable Energy Development. Land 11: 1700.
- Elzen, Boelie; Geels, Frank W.; Green, Ken (2004): General Introduction: System Innovation and Transitions to Sustainability. In: System Innovation and the transition to sustainability: theory, evidence and policy. Cheltenham: Elgar.
- Feddersen, Hauke (2020): Sozial-ökologische Transformationskonflikte im ländlichen Raum: Eine explorative Fallstudie aus konventionsoziologischer Perspektive. CSS Working Paper Series No 2.
- Gemeinde Munderfing (2022): Erstes Windrad nach sechs Jahren Stillstand in Oberösterreich – Gemeinde Munderfing. Online unter: <https://www.munderfing.at/aktuelles/erstes-windrad-nach-sechs-jahren-stillstand-in-oberoesterreich/>.
- Gemeinde Munderfing (o. J.): Windpark Munderfing. Online unter: <https://www.munderfing.at/kundenservice/saubere-umwelt-und-energie/windpark-munderfing/>.
- nachrichten.at (2024): Zehn Jahre Windpark Munderfing: „Der Kampf hat sich ausgezahlt“. nachrichten.at. Online unter: https://www.nachrichten.at/oberoesterreich/innviertel/zehn-jahre-windpark-munderfing-der-kampf-hat-sich-ausgezahlt.a70_3990026.
- Pölzl, Carina (2022): Paving the way for community acceptance of wind energy projects: a case study exploring opportunities of public participation. Online unter: <https://resolver.obvsg.at/urn:nbn:at:at-ubbw-1-40428>.
- Pühringer, Maria (2025): Umsetzung unmöglich? Infrastrukturprojekte erfordern politische Klarheit und Bürger:innenbeteiligung. Bildungskurier. Online unter: https://renner-institut.spoee.at/wp-content/uploads/sites/202/2025/09/WEB_biku_03_2025_01.pdf
- Tölgyes, Joel; Zwirnmann, Jakob (2025): Der Netzausbau braucht eine faire Kostenteilung. AGW blog. Online unter: <https://www.awblog.at/klima-energie/Netzausbau-faire-Kostenteilung>.
- Weinberger, Lisa (2023): Erfolgsfaktoren für Umweltverfahren: Beispiele aus der Praxis. Ökobüro, Allianz der Umweltbewegung.
- Weinberger, Lisa (2024): Die Zukunft der Energiewende: Warum gute Planung und öffentliche Beteiligung entscheidend sind. AGW blog. Online unter: <https://www.awblog.at/klima-energie/Die-Zukunft-der-Energiewende>.

POLICY BRIEF 01/2026

Marie Jahoda - Otto Bauer Institut

PERSPEKTIVEN



www.jbi.or.at



fb jahodabauerinstitut
ig jahoda_bauer_institut
bsky jahodabauer.bsky.social
t 05/772611-31, **m** office@jbi.or.at
Landstraße 36/2, 4020 Linz